

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6613

GEW-STELLUNGNAHME ZUM GESETZESENTWURF MIT DER DRUCKSACHE 20/4378 ZUR ÄNDERUNG DES KINDERTAGESFÖRDERUNGSGESETZES

Die GEW Schleswig-Holstein nimmt zu dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes im Kontext des Programms "Kita für Alle" wie folgt Stellung:

Wir erkennen den politischen Willen an, freiwerdende Mittel im System zu belassen und in die Rahmenbedingungen in der frühkindlichen Bildung zu reinvestieren.

Gleichzeitig halten wir fest, dass eben diese Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen weiterhin Anlass zur Sorge geben. Die Arbeitsbelastung des pädagogischen Personals ist in den letzten Jahren nicht gesunken. Vielmehr führt die zunehmende Verdichtung des pädagogischen Alltags dazu, dass der gesetzlich definierte Bildungsauftrag unter den gegebenen Bedingungen kaum erfüllbar ist. Bei den Fachkräften führt das langfristig zu Frust und Unzufriedenheit. Mehr noch: Der Krankenstand in Sozial- und Erziehungsberufen ist durchweg höher, als in anderen Arbeitsbereichen. Die hohe Belastung am Arbeitsplatz macht dauerhaft krank. Ein Umstand, den wir als Gewerkschaft nicht akzeptieren können und dem mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht ausreichend begegnet wird. Aus Sicht der GEW muss der vorliegende Gesetzentwurf daher an dem Kriterium gemessen werden, ob er über punktuelle Veränderungen hinaus eine nachhaltige Entlastung der Fachkräfte und eine echte Stärkung der Arbeitsbedingungen sicherstellt.

Im Fokus unserer Stellungnahme stehen insbesondere der Ausbau der Perspektivkitas (§ 16 b), der Umgang mit zurückgehenden Kinderzahlen im Kontext der Bedarfsplanung (§ 13) sowie die Anpassung der berücksichtigten Ausfalltage (§ 38).

1. Ausbau der Perspektivkitas (§ 16 b)

Die GEW begrüßt die Unterstützung von Einrichtungen in sozio-ökonomisch benachteiligten Sozialräumen. Fraglich bleibt jedoch, inwiefern die pauschale Aufstockung des Personalbudgets um eine halbe Stelle tatsächlich zu einer spürbaren Entlastung führen kann. Insbesondere für größere Einrichtungen ist aus unserer Sicht der Umfang einer halben Stelle zu gering und dürfte sich dort in der Praxis kaum bemerkbar machen.

Aus Sicht der GEW ist fraglich, wie erfolgreich das Projekt „Perspektivkita“ ist und ob die Mittel da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Im vergangenen Bewerbungszeitraum lag die Zahl der Bewerbungen nur geringfügig über der Zahl der zu vergebenden Förderungen. Dies legt nahe, dass entweder die Antragstellung für viele Einrichtungen mit erheblichen Hürden verbunden ist oder die Förderkonditionen nicht ausreichend attraktiv sind. Statt die Gründe hierfür systematisch zu evaluieren und gegebenenfalls nachzusteuern, ist nun bereits ein weiterer Ausbau des Programms vorgesehen.

Ein transparenter, sozialindexbasierter Verteilungsschlüssel für Kitas in sozioökonomisch benachteiligten Sozialräumen würde aus unserer Sicht zu mehr Planungssicherheit beitragen, in der Fläche wirken und das System insgesamt entlasten.

2. Anpassung der Bedarfsplanung (§ 13)

Die geplante Kürzung des Mindestförderzeitraumes von drei Jahre auf zwei Jahre, beziehungsweise auf ein Jahr bei einer Auslastung von unter 93% sieht die GEW kritisch.

Die vorgesehene Verkürzung des Planungshorizonts durch die Änderung des § 13 birgt das Risiko zusätzlicher Instabilität in der Kita-Landschaft. Kürzere Planungszeiträume erschweren verlässliche Personalentscheidungen und wirken sich auch unmittelbar auf die Beschäftigten aus.

Planungssicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für Qualitätssicherung, Fachkräftebindung und Arbeitszufriedenheit. Durch die verkürzten Zeiträume befürchtet die GEW einen Anstieg von befristeten Arbeitsverträgen und eine Reduzierung der Stundenumfänge. Dadurch sieht die GEW die Gefahr, dass das Berufsfeld für gut ausgebildete (zukünftige) Fachkräfte noch unattraktiver werden könnte.

Aus Sicht der GEW ist zentral, zurückgehende Kinderzahlen für die Verbesserung der Bedingungen in der frühkindlichen Bildung zu nutzen. Durch kleinere Gruppen und/oder der Erhöhung der Fachkraft-Kind-Relation pro Gruppe besteht in nächster Zeit die Chance, die Bildungs- und Arbeitsbedingungen in der frühkindlichen Bildung nachhaltig zu verbessern und damit auch die zuvor mühsam gewonnenen, gut ausgebildeten Fachkräfte zu halten. Das erklärte Ziel der Landesregierung war die langfristige Anhebung des Betreuungsschlüssel von 2,0 auf 2,5. Wir halten es für ausgesprochen sinnvoll, sinkende Kinderzahlen dafür zu nutzen, diesem Ziel schrittweise näherzukommen und die Bildungs- und Betreuungsqualität vor Ort zu stärken, statt bereits jetzt einzelne Gruppen oder regional auch ganze Einrichtungen zu schließen.

3. Anhebung der berücksichtigten Ausfalltage (§ 38)

Die Ausfalltage im KitaG zu erhöhen war längst überfällig, ist die Landesregierung ihren eigenen Evaluationsergebnissen doch bei der Neugestaltung des Kitagesetzes bisher nicht nachgekommen. Die Folge in den Einrichtungen ist, dass häufig mit verringertem Personal gearbeitet wird, was Fachkräfte dauerhaft überlastet.

Der GEW stellt sich an dieser Stelle gleichzeitig die Frage, warum die Landesregierung sich weiterhin nicht an den eigenen Evaluationsergebnissen orientiert. Diese weisen im Durchschnitt 22 Ausfalltage aus. Auswertungen von Krankenkassen kommen auf noch höhere Ergebnisse. Als GEW fordern wir die realistische Abbildung der Krankentage in den Kindertageseinrichtungen sowie ein begleitendes Monitoring der Entwicklung der Ausfalltage in den Einrichtungen.

Abschließend fassen wir zusammen, dass aus Sicht der GEW dem Programm „Kita für Alle“ gut zu Gesicht gestanden hätte, die freiwerdenden Mittel auf Maßnahmen zu konzentrieren, die die Fachkräfte und das System nachhaltig entlasten. Punktuelle Maßnahmen, wie sie hier geplant sind, gehen zwar vielfach in die richtige Richtung, werden die Probleme der viel zu hohen Arbeitsbelastung der Fachkräfte aber nicht lösen können.